

Der Euro brennt

Wirtschaftspolitik, Michael Schlecht, MdB,
Chefvolkswirt, Mai 2010



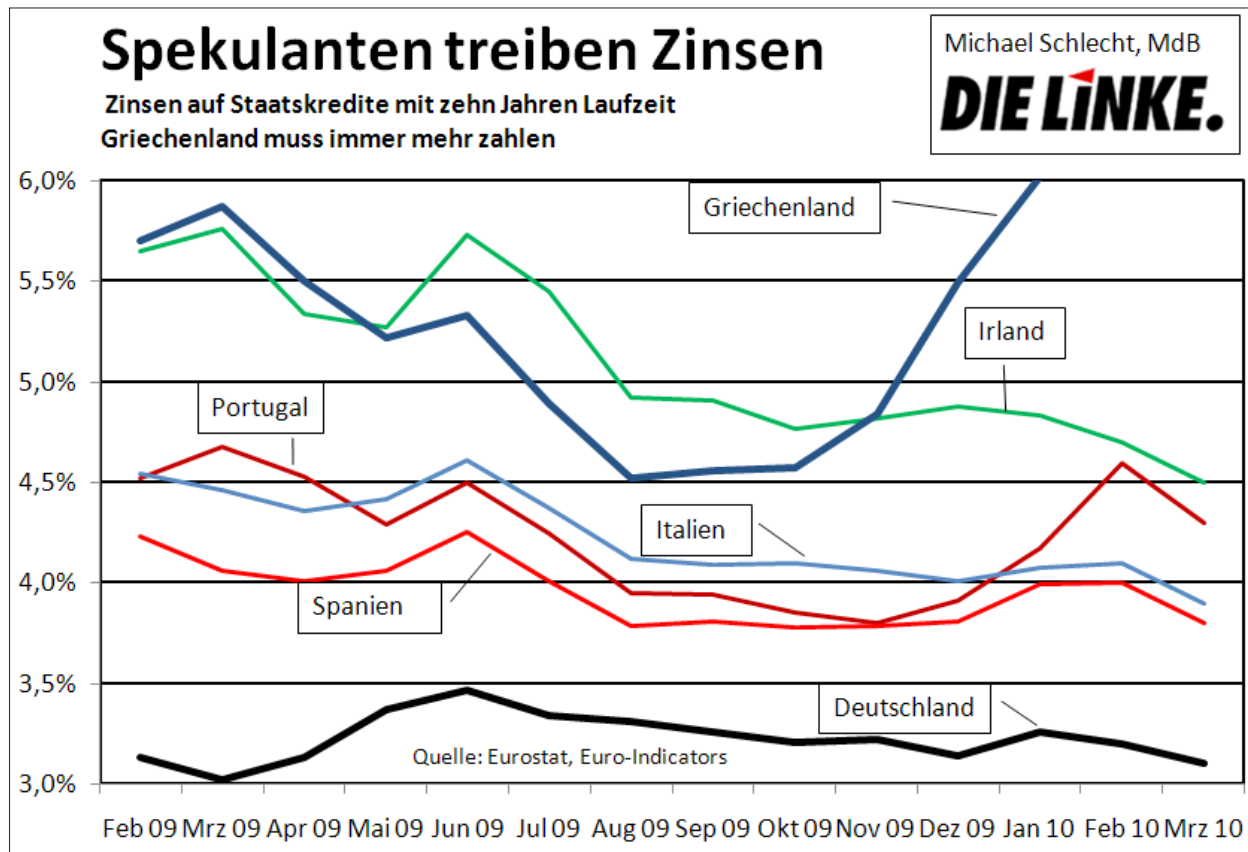
Kaum hatte der Deutsche Bundestag am Freitag, dem 7. Mai Kredite für Griechenland bewilligt, nahmen die Spekulanten den Euro ins Visier. Die EU-Ministerpräsidenten wollten am Abend in Brüssel eigentlich nur das Rettungspaket für Griechenland endgültig beschließen. EZB-Präsident überraschte viele Teilnehmer mit drastischen Worten: „Wenn jetzt nicht gehandelt wird, haben wir am Montag eine systemische Krise.“ Erinnerungen an den Herbst 2008 und den Fall von Lehman wurden wach. Schnell war allen Ministerpräsidenten klar: Ein Rettungspaket musste her, bevor am Montagfrüh in Asien die Börsen wieder öffneten.

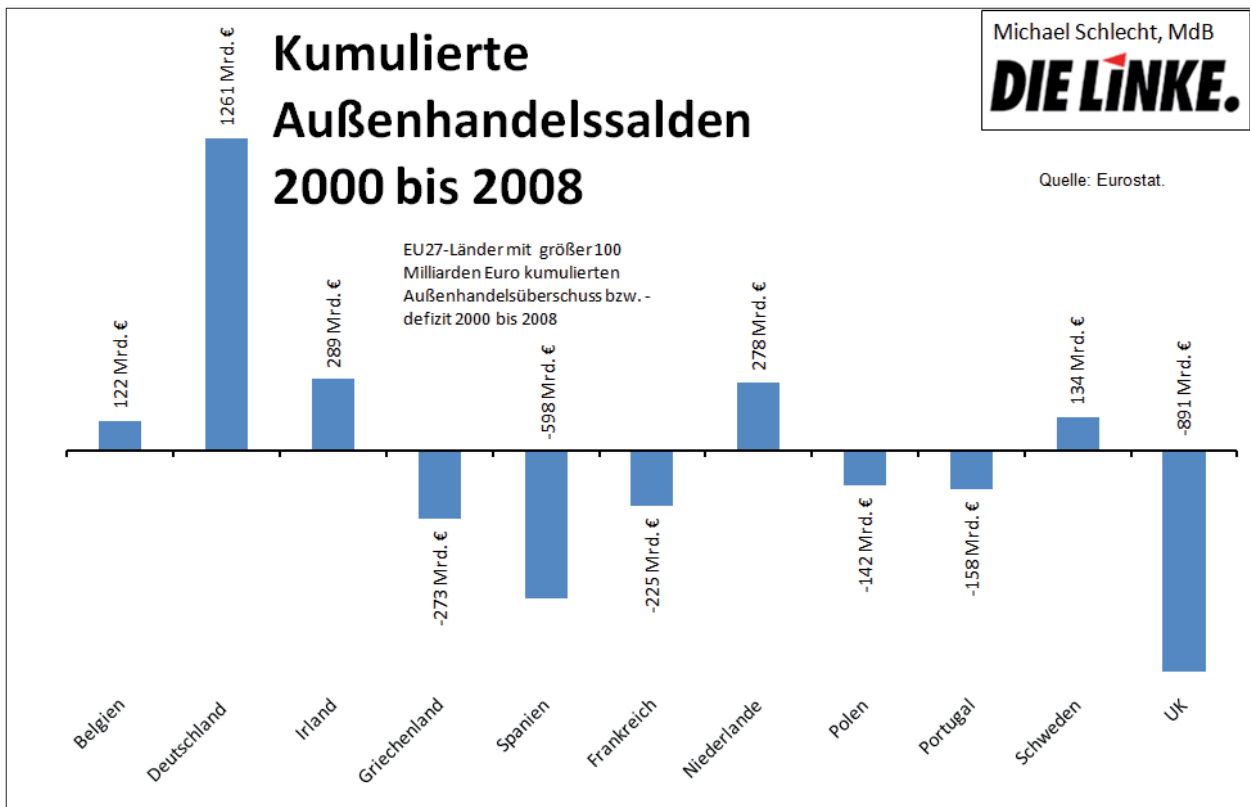
Das Paket umfasst 750 Milliarden Euro. 60 Milliarden direkte Hilfen der EU und 440 Milliarden Euro Kredit-hilfen der Mitgliedstaaten. Zusätzlich stellt der IWF weitere 250 Milliarden Euro bereit.

Merkel ist die Getriebene. Unter dem Druck der Spekulanten ließ sie Vorbehalte unter den Tisch fallen, mit denen sie noch vor wenigen Wochen eine rechtzeitige Hilfe für Griechenland verhindert hat.

Im EU-Vertrag sind finanzielle Hilfen, also auch Kredite zwischen den Staaten eigentlich ausgeschlossen. Zumindest nach offizieller Lesart. Jetzt hat man eine Ausnahmeregelung uminterpretiert. Zudem war es bislang unvorstellbar, dass die EZB Staatsanleihen der Mitgliedsländer direkt aufkauft und damit stützt. Nach politischem Druck und möglicherweise eigener Einsicht hat jetzt die EZB direkt Staatsanleihen aufgekauft.

Jedoch war auch wieder am Krisenwochenende des 8. und 9. Mai die deutsche Regierung die Bremserin. Eigentlich hätte man am Sonntag „schon um 21 Uhr





abschließen können,“ berichteten Teilnehmer. Weil Merkel ihren Rückzug noch mit möglichst vielen Feigenblättern verdecken wollte, dauerte es bis in den frühen Morgen.

Das Rettungspaket geht in die Richtung, die auf der Linie der Forderungen der Linken liegen. Jedoch sind bislang keine Schritte erkennbar die Spekulation zu unterbinden, die alles nur noch schlimmer bzw. teurer macht.

Notwendig wäre endlich die wirtschafts- und sozialpolitische Koordination in der EU zu institutionalisieren. Mindestens müsste jetzt die wechselseitige Hilfe in der EU anerkannt und Euro-Anleihen dauerhaft aufgelegt werden.

Tieferliegende Krisenursachen

Der Hauptmangel bei der Hilfe für Griechenland, aber vor allem auch bei der jüngsten Euro-Rettung besteht in einem weitgehenden Unverständnis bzw. Fehlinterpretation gegenüber den Krisenursachen. Es gibt zwei zentrale Gründe die zu einer deutlichen Zunahme der Verschuldung der Staaten führen.

Außenhandelsungleichgewichte: Deutsche Unternehmen haben aufgrund des deutschen Lohndumpings seit 2000 einen Außenhandelsüberschuss von 1,3 Billionen Euro erzielt. Dies führte zu einer Verschuldung anderer Länder, die sich mittelbar auch in Gestalt von wachsenden Staatsdefiziten auswirkte. In Europa sind dies vor allem die Südländer. Deshalb geraten sie auch als erste ins Visier der Finanzmärkte.

Verschuldungskrise: Hinzu kommt, dass die Verschuldung der großen Industriestaaten im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise dramatisch angestiegen ist. Allein in Deutschland geht die Hälfte der neuen Schulden von 180 Milliarden Euro seit 2008 auf das Konto der Bankenrettung. In anderen Ländern sieht die Lage viel dramatischer aus.

Billiglöhne sprengen den Euro

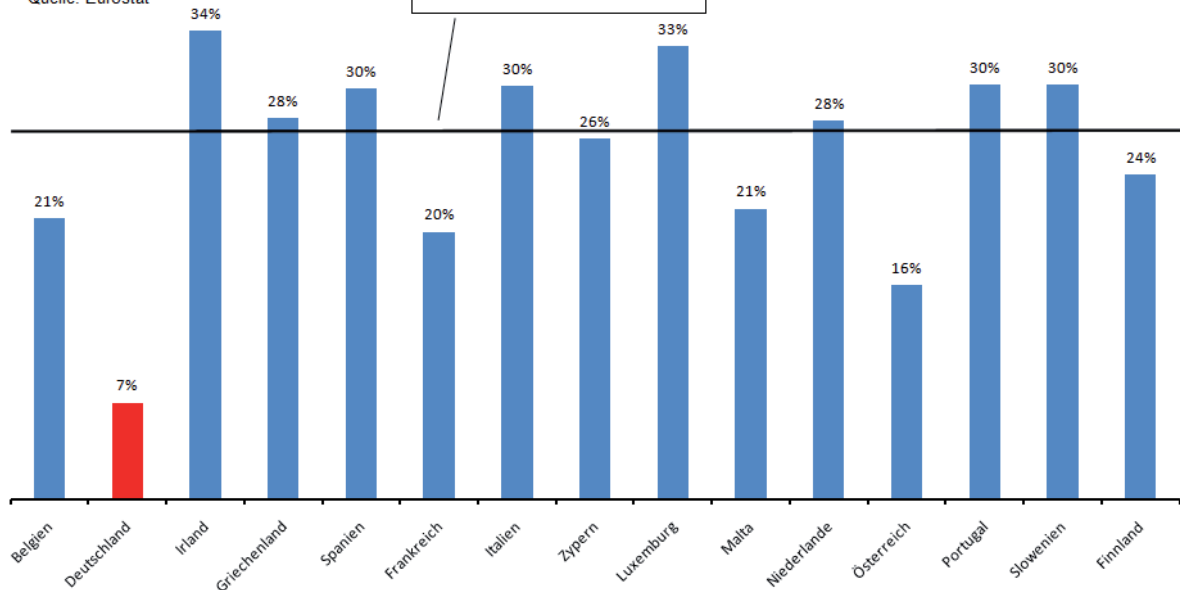
Die Euro-Südländer haben ihre Wettbewerbsfähigkeit verloren. Seit Jahren wird weniger exportiert, als das jeweilige Land importiert. Von 2000 bis 2008 summierte sich das Außenhandelsdefizit in Griechenland auf rund 270 Milliarden Euro, in Spanien auf 600 Milliarden und in Portugal auf 160 Milliarden Euro. Selbst Frankreich hat für 225 Milliarden Euro mehr importiert als exportiert.

Handelsdefizite führen unter anderem zu steigender Staatsverschuldung. Wenn sich Unternehmen und private Haushalte im Ausland immer mehr verschulden, haftet am Ende der Staat. Kredite werden faul, sinkende Steuereinnahmen und Wirtschaftsleistung zerrütten die Staatsfinanzen. Der Staat muss mehr für die Konjunktur tun, da Bürgern und Unternehmen das Wasser bis zum Hals steht.

Spanien und Irland haben massive Probleme, obwohl sie bis 2007 ihre öffentliche Verschuldung auf 25 bzw. 36 Prozent des Bruttoinlandsprodukts verringerten. Das ist niedriger als die deutsche Schuldenquote, die sich damals auf 65 Prozent des Bruttoinlandsproduktes belief. Die Auslandsverschuldung ist der Grund für die mittlerweile deutliche Zunahme der Staatsverschuldung in Spanien und Irland.

Lohnstückkosten 2000 bis 2008

Quelle: Eurostat



Michael Schlecht, MdB
DIE LINKE.

Die Auslandsverschuldung ist die Kehrseite des deutschen Außenhandelsüberschuss, der seit 2000 auf nahezu 1,3 Billion Euro gewachsen ist.

Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit ist neben den Löhnen die Steigerung der Produktivität entscheidend. Die Ökonomen fassen beides in den Lohnstückkosten zusammen. In den letzten zehn Jahren sind sie im Durchschnitt der Euro-Zone – ohne Deutschland – um 27 Prozent gestiegen, in den Euro-Südländern um 28 bis 30 Prozent. Nur in Deutschland lag der Anstieg gerade einmal bei sieben Prozent!

Die Ursache für diese Entwicklung liegt am deutschen Lohndumping. Reale Lohnsenkungen gab es im letzten Jahrzehnt nur in Deutschland. Wären die Löhne seit 2000 der Produktivität gefolgt lägen sie in Deutschland preisbereinigt um zehn Prozent höher.

„Länder wie Deutschland - und China - müssen die Exportabhängigkeit ihrer Wirtschaft korrigieren, Deutschland muss seine Binnennachfrage stärken.“

Dominique Strauss-Kahn, Direktor des IWF am 17. März 2010 im Europäischen Parlament

Das deutsche Lohndumping hat einen Namen: Agenda 2010 mit Befristungen, Lohndumping, Minijobs und Hartz IV. So wurde nicht nur der Sozialstaat mit Füßen getreten, sondern die Unternehmer erhielten eine Streittaxt zur Eroberung ausländischer Märkte. Der Druck der deutschen Unternehmer führt zur Zerrüttung anderer Volkswirtschaften.

Die Agenda 2010 ist nicht nur ein sozialpolitischer Skandal in Deutschland. Sie hat zudem massive negative Auswirkungen für die Wirtschaftspolitik.

Die Billiglohnstrategie ist auch schlecht für Deutschland: Seit 1999 wuchs die Eurozone im Jahresdurchschnitt um 1,4 Prozent, in Frankreich um 1,5 Prozent in Deutschland aber nur um 0,8 Prozent.

In jedem Fall gilt:
Die Agenda 2010 muss weg!

Früher konnten sich andere Länder durch Abwertung gegen den deutschen Export-Tsunami wehren. Mit der gemeinsamen Währung Euro ist dies nicht mehr möglich. Sie sind nun dem Exportjunkie Deutschland ausgeliefert.

Wenn Großbritannien nicht die Möglichkeit hätte sich beständig „Luft zum Atmen“ durch Abwertung des Pfund zu verschaffen, wäre die Lage für England bereits viel brisanter als für Griechenland. Kein Wunder, dass in Großbritannien niemand mehr darüber nachsinnt, den Euro einzuführen.

Deutschland hat in den letzten zehn Jahren „die Wettbewerbsfähigkeit erhöht, einen sehr hohen Druck auf seine Arbeitskosten ausgeübt. Ich glaube nicht, dass dies ein nachhaltiges Modell für die Eurozone ist“

Christine Lagarde, Finanzministerin Frankreichs Financial Times, 14.03.2010

Prinzipiell ist eine gemeinsame Währung eine gute Sache. Sie ermöglicht Handel frei von Wechselkurs-

schwankungen und verleiht mehr Schutz gegen die Macht der privaten Kapitalmärkte. Aber eine gemeinsame Währung funktioniert nur, wenn die Löhne in den Mitgliedstaaten im Verhältnis zur jeweiligen Produktivität nicht zu weit auseinander fallen.

Zunahme der Staatsverschuldung

Die Bankenrettung und die Konjunkturprogramme in Europa wurden auf Pump finanziert. Insgesamt wurden 1,7 Billionen Euro in der EU für Bürgschaften, Kredite und Hilfszahlungen aufgewandt.

Dies führte zusätzlich zu einem deutlichen Anstieg der Staatsverschuldung in allen Ländern. DIE LINKE hatte hingegen immer gefordert die Profiteure zur Kasse zu bitten. In der EU stiegen die Staatsschulden von 2007 bis 2009 um 20 Prozent. Ein Anstieg um 1,4 Billionen Euro auf 8,7 Billionen Euro Gesamtverschuldung. Die Schuldenstandsquote erhöhte sich von 59 Prozent auf 74 Prozent. In Deutschland geht allein die Hälfte der neuen Schulden von 180 Milliarden Euro seit 2008 auf das Konto der Bankenrettung.

Die Neuverschuldung in der EU lag 2008 noch bei 2,3 Prozent. 2010 wird sie bei 7,2 Prozent liegen. In Deutschland wird nach Prognose der EU-Kommission die Neuverschuldung fünf Prozent erreichen.

Der Anstieg der Verschuldung führt zu höheren Zinsbelastungen. Diese müssen aus den jährlichen Steuerzahlungen bezahlt werden. Und diese hängen in hohem Maße von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Krisenbedingt ist 2010 europaweit nur ein Wachstum von rund ein Prozent zu erwarten. Die Aussichten für 2011 sind auch nicht viel besser. Deshalb drängt sich immer mehr die Frage auf, ob die wachsenden Zinslasten für die einzelnen Länder noch zu bewältigen sind. Oder ob nicht allein schon wegen hoher Zinszahlungen die jährliche Neuverschuldung weiter ansteigen wird. Länder, die besonders wachsende Zinslasten und schwache Wirtschaftsentwicklung aufweisen, geraten dann schnell in den Blick von Spekulanten, die auf eine Staatspleite zocken.

Bereits heute liegt der Anteil der Zinsen an den Einnahmen des Staates aus Steuern und Abgaben – die sogenannte Zinslastquote – in Spanien bei fast fünf, in Deutschland bei über fünf, in Portugal bei über sieben und in Griechenland bei über 12 Prozent. Ein Wert von zehn Prozent gilt unter Finanzmarktexperten als kritische Schwelle. Bis 2014 wird die Zinslastquote voraussichtlich auf folgende Werte steigen: Deutschland sieben Prozent, Spanien, zehn Prozent, Portugal elf Prozent und Griechenland 18 Prozent.

Spekulanten lecken Blut

Wie Wölfe sich über ein verletztes Beutetier hermachen, so stürzen sich Spekulanten verstärkt auf Euro-Staaten. Sie wetten auf Staatsbankrotte. Und zwar zunächst auf die wirtschaftlich Schwächsten. Deshalb steht vor allem Griechenland in der Schusslinie. Aber auch die anderen

Defizitländer wie Portugal und Spanien. Spekulanten attackieren letztlich die gesamte Euro-Zone.

Die Zocker treiben mit Wetten auf den Staatsbankrott die Zinsen für Kredite in die Höhe. Banken leihen sich billiges Geld bei der Europäischen Zentralbank (EZB) und verleihen es zu Wucherzinsen an Regierungen. Damit machen sie alles nur noch schlimmer. Die ohnehin schon angeschlagenen Länder müssen immer höhere Zinsen bezahlen. Damit wächst die Unsicherheit, ob diese Länder den Schuldendienst noch stemmen können und die Pleite bald bevorsteht. Dies befeuert auf Neue die weitere Spekulation. Die Finanzhaie machen Kasse und die Bevölkerung zahlt.

“Hier wird (...) von Spekulanten ein Angriffskrieg gegen die Euro-Zone geführt“

Jochen Sanio, Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) am 5. Mai im Deutschen Bundestag

Es wird vor allem mit Kreditausfallversicherungen gezockt, sogenannte Credit Default Swaps (CDS). Diese Versicherungen spielten bereits in der Finanzkrise der letzten Jahre eine unheilvolle Rolle. Dabei versichern sich Investoren gegen einen Zahlungsausfall eines Landes, auch wenn sie dessen Staatsanleihen nicht besitzen. Je wahrscheinlicher der Bankrott, desto wertvoller werden die CDS. Das ist ungefähr so, als wenn man eine Feuerversicherung für das Haus des Nachbarn abschließt. Wenn es brennt macht man Kasse. Ein Bombengeschäft für Brandstifter.

Zocker tätigen zudem ungedeckte Leerverkäufe auf Staatsanleihen. Sie sichern sich das Recht Staatsanleihen zu einem bestimmten Preis auf Termin zu verkaufen, ebenfalls ohne sie zu besitzen – daher die Bezeichnung „ungedeckt“. Fällt der Kurs der Anleihen zwischenzeitlich fällt kaufen sie die Anleihen günstig ein und veräußern sie zum ursprünglich vereinbarten Preis. Die Preisspanne zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis beschert ihnen einen Gewinn.

Der Handel mit CDS und Leerverkäufe haben die Kurse von Staatsanleihen erst richtig nach unten und die Risikoprämien nach oben getrieben. Dadurch werden Kredite teurer und die Schulden steigen noch mehr. Dann knallen bei der Deutschen Bank die Korken: Sie machte im vergangenen Jahr trotz Krise einen Gewinn von fünf Milliarden Euro nach Steuern, überwiegend mit Staatsanleihen.

Die Deutsche Bank verdient auch noch an den Schulden, die Staaten wegen Ackermann & Co. machen.

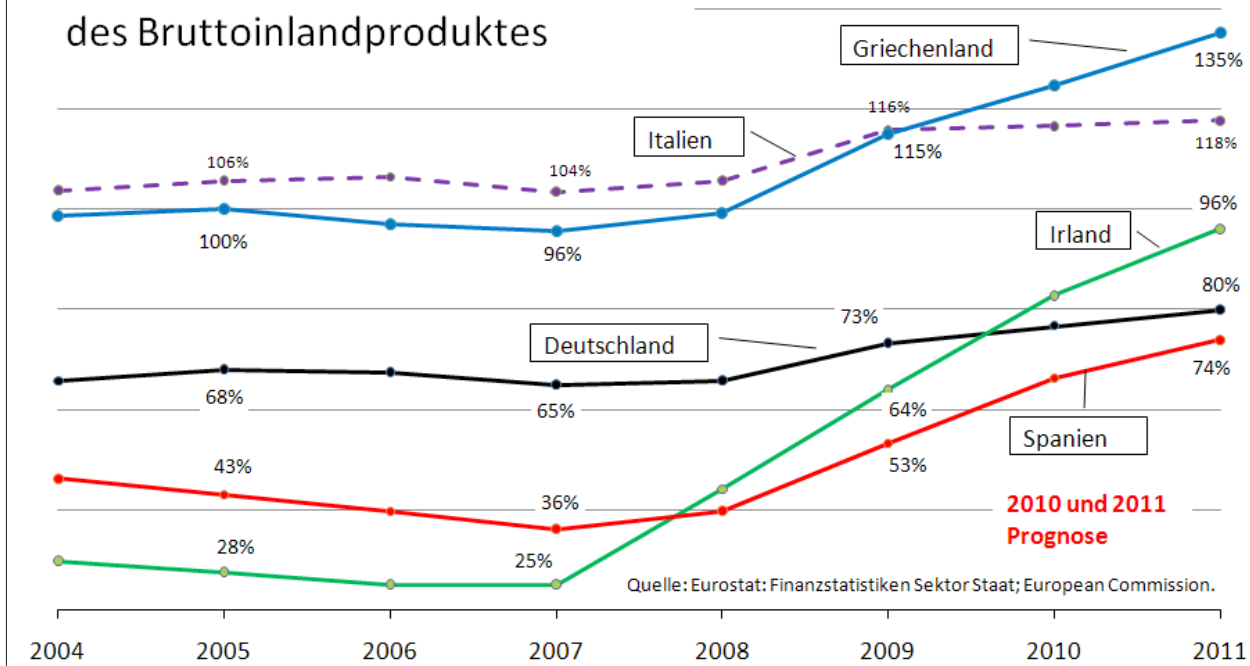
Bundeskanzlerin Merkel hat Griechenland und Europa schnelle Hilfe verweigert. Das war die Munition für die „finanziellen Massenvernichtungswaffen“ – so der US-Großinvestor Warren Buffet –, die Spekulanten immer aggressiver einsetzen. Die jetzt erfolgten Rettungsaktionen sind deshalb um ein vielfaches teurer. Die anderen europäischen Länder haben bereits im

Staatsverschuldung

Schulden in Prozent
des Bruttoinlandproduktes

Michael Schlecht, MdB

DIE LINKE.



Januar auf ein Eingreifen gedrungen. Aber Madam NO hat die Zocker gewähren lassen. Und damit auch dem deutschen Ansehen in der EU geschadet.

Merkel wird für Deutschland zu einem immer größeren Sicherheitsrisiko.

Die griechische Tragödie

Griechenland war das erste Land auf das die Meute der Zocker losgerannt ist. Als Rettungsaktionen notwendig wurden, lief der mediale Stammtisch zur Hochform auf.

„Rente ab 28, Steuerfahnder als Steuerhinterzieher – Stern-Reporter schildern, wie Griechenland über seine Verhältnisse lebt. Wie viele Euro müssen wir jetzt nach Athen tragen?“ Über Wochen wetterten deutsche Medien gegen „den faulen Griechen“.

Kein Wunder, dass dann 85 Prozent der deutschen Bevölkerung laut BILD gegen die Hilfen für Griechenland waren. Der Nährboden für diese Meinungsmache findet sich selbst wieder in den Auswirkungen der Agenda 2010 und der Art und Weise der Bankenrettung. Viele Menschen leiden soziale Not weil angeblich kein Geld da ist. Die Beschäftigten tragen den größten Teil der Steuerlast. „Sollen wir nach der Bankenrettung auch noch für andere Länder haften?“ so die Stimmung in der Bevölkerung.

„Den Griechen geht es zu gut“: Sicher, vereinzelt gibt es absurde Privilegien. So bekommen etwa Töchter griechischer Generäle nach dem Tod ihrer Väter ein Leben lang deren Rente ausgezahlt. Doch die Mehrheit der griechischen Bevölkerung lebt keinesfalls über ihre

Verhältnisse. Die Durchschnittslöhne liegen bei etwa 800 Euro und die Durchschnittsrente bei nur 600 Euro.

„Griechen sind korrupt“: In Griechenland gibt es Korruption und Privilegien für die Eliten. Das muss bekämpft werden, ist jedoch leider nichts Besonderes in Europa. Man erinnere sich nur der Skandale in Italien, insbesondere der mafiösen Machenschaften Berlusconi. Und auch in Deutschland ist Vetternwirtschaft an der Tagesordnung. Man denke nur an die Mövenpick-Partei oder die Daimler AG, die sich mit Schmiergeld in 22 Ländern lukrative Aufträge sicherte. Rund 180 Millionen wurden gezahlt um sich vor der weiteren Strafverfolgung zu schützen.

Athen fälscht Statistiken: Bei den Wahlen am 4. Oktober 2009 wurde eine neue Regierung gewählt. Giorgos Papandreu wurde neuer Ministerpräsident. Bislang war für 2009 von einer Neuverschuldung des griechischen Staates von 3,7 Prozent die Rede. Jetzt erklärte die neue Regierung, dass sie in Wirklichkeit 12,7 Prozent betrage. Die Staatsverschuldung bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt wurde auf 115 Prozent korrigiert. Zudem erwartete die griechische Regierung für 2011 einen Anstieg der Staatsschulden auf 135 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Zusätzliche Brisanz erhielt die Situation, weil Griechenland 52 Milliarden Euro im Jahr 2010 umschulden muss.

Eurostat, das Statistikamt der EU, legt seit 2004 Protest gegen die griechischen Bilanztricks ein. Passiert ist aber nichts. Verantwortlich für die griechische Schlamperie war der damalige Ministerpräsident Karamanlis. Ein enger Verbündeter von Kanzlerin Merkel in der EU. „Mit Hilfe des willigen Griechen gelang es Merkel verschiedentlich, die Front der Südländer bei wichtigen

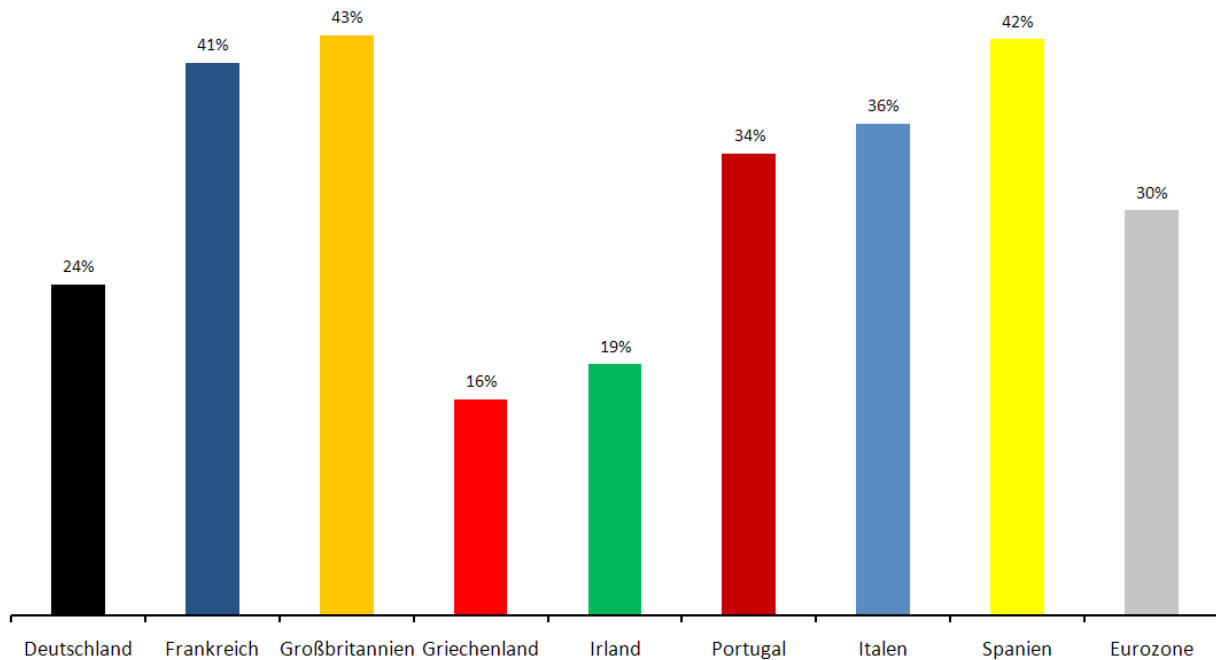
Steueroase Griechenland

tatsächliche Steuern auf Gewinne und Vermögen
2007

Michael Schlecht, MdB

DIE LINKE.

Quelle: Eurostat: Taxation trends in the European Union



EU-Entscheidungen aufzubrechen. Karamanlis war immer für einen Deal zu haben. Im Gegenzug musste der Grieche keine allzu kritischen Fragen zu seiner liederlichen Finanzpolitik fürchten.“ Dies schreibt der ehemalige Chefredakteur des Handelsblattes.

Steueroase Griechenland: Die Steuerquote, also der Anteil der Steuern am Bruttoinlandsprodukt lag in Griechenland 2007 bei 32 Prozent. Im EU-Durchschnitt liegt die Steuerquote hingegen bei 40 Prozent. Damit fließt in Griechenland im Vergleich mit der EU ein kleinerer Anteil des jährlich erwirtschafteten Reichtums an den Staat. Der „schwache Staat“ führt also zu mehr, nicht weniger Verschuldung.

Die effektive Besteuerung von Gewinnen und Vermögen betrug 2007 30 Prozent in der Eurozone, aber nur 16 Prozent (2006; Zahlen für 2007 sind nicht verfügbar) in Griechenland. Dabei wird ermittelt wie viel Steuern Unternehmen und Privatpersonen auf ihre Einkommen aus Gewinnen und Vermögen an das Finanzamt abführen. Diese effektiven Steuern sind aussagekräftiger als die offiziellen Steuersätze. Denn gerade Unternehmen und Reiche können durch windige Steuerberater, Schlupflöcher und Tricks ihre Steuerlast erheblich reduzieren.

Ein Arzt aus dem Athener Nobelviertel Kolonaki deklarierte für das Jahr monatliche Einnahmen von 300 Euro. ... Wirkliches Aufsehen erregen nur besonders dreiste Fälle. ... Ein nordgriechischer Unternehmer schuldet der staatlichen Sozialversicherung 40 Millionen. Focus 8/2010

Besserverdienende, Unternehmer und Reiche drücken sich in Griechenland ohnehin erfolgreich vor dem Fiskus. Etwa 30 Milliarden Euro werden jährlich an Steuern hinterzogen. Während die Familie Onassis in Saus und Braus lebt, kommt die Mehrheit der Griechen kaum über die Runden.

Die zu niedrigen Steuern der Reichen und Vermögen sind jedoch nicht nur ein Problem in Griechenland. Auch in Deutschland drücken sich viel zu viele vor dem Steuerzahler und die Steuern sind zu niedrig. Hätten wir heute noch die Steuergesetze eines Helmut Kohl, würde der deutsche Staat jedes Jahr 100 Milliarden Euro mehr einnehmen.

Militärausgaben: Überhaupt nicht im Blickfeld sind die satten 4,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, die Griechenland für Militär ausgibt. Zum Vergleich: Deutschland gibt 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus. Allein in den Jahren 2004 bis 2008 sind 13 Prozent aller deutschen Waffenexporte nach Griechenland gegangen. Zwar will die griechische Regierung die Militärausgaben um 25 Prozent kürzen, dies betrifft aber nur die Betriebskosten nicht die Rüstungsimporte.

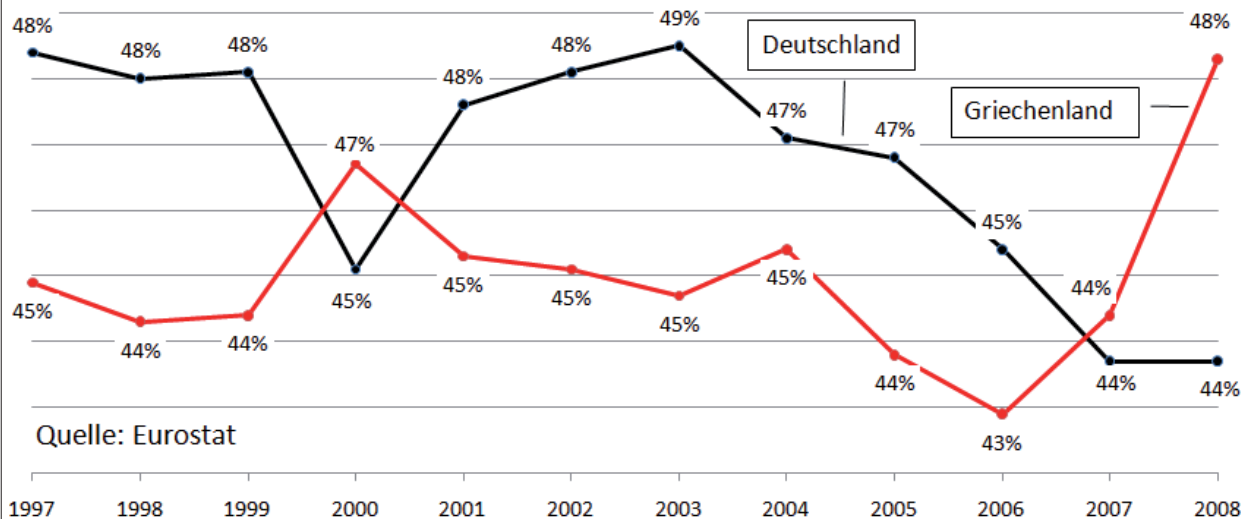
Die Medien berichten sogar unter Berufung auf die griechische Regierung, die Bundesregierung habe als Bedingung für die Kredite die Bestätigung von Rüstungsverträgen über den Import deutscher U-Boote gefordert. Nach einer Dringlichkeitsanfrage antwortet der Staatssekretär Kampeter: „Im Zusammenhang mit dem deutschen Beitrag zum finanziellen Hilfspro-

Griechenlands Staat ist nicht zu fett

Michael Schlecht, MdB

DIE LINKE.

Staatsausgaben Deutschlands und Griechenlands - in Prozent des Bruttoinlandproduktes



gramm für Griechenland wurde zwischen der Bundesregierung und dem griechischen Ministerpräsidenten ... nicht über Rüstungsverträge gesprochen.“

„Der griechische Staat ist viel zu aufgebläht“: Der griechische Staat ist nicht zu fett. Die griechischen Staatsausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt, die Staatsausgabenquote, sinkt seit 2000 rapide und lag seither immer unter der niedrigen deutschen Quote. Erst mit dem Einbruch der Wirtschaft in der Finanzkrise hat sich das geändert.

Aus der Krise kann man sich nicht sparen

Erst die Griechen, jetzt die Portugiesen und Spanier, demnächst wir: Die Bevölkerung soll wieder die Rechnung für die Wirtschafts- und Finanzkrise und für die Schäden, die die Zocker verursachen, zahlen.

„Stärkeres Sparen führt zum Spar-Paradoxon: Es vertieft die Rezession und verschlechtert die Schuldenquote.“

*Nouriel Roubini, Wirtschaftsprofessor Stern School of Business, New York University
Handelsblatt 15.3.2010*

Das griechische Volk wird in einen atemberaubenden Sozialabbau getrieben. Vor allem auf Druck der „eisernen Merkel“. Zusätzlich zu den bereits geplanten Verschlechterungen werden in den nächsten drei Jahren rund 30 Milliarden Euro weggekürzt. Beschäftigten beim Staat wird das Gehalt um insgesamt 15 Prozent gekürzt. Die Renten werden weiter verschlechtert und

die Mehrwertsteuer von 19 auf 23 Prozent angehoben. Und in der Privatwirtschaft will die Regierung Kündigungsschutz sowie Entschädigungsregelungen lockern, obwohl dies nichts mit der Staatsverschuldung zu tun hat.

Griechenland soll mitten in der Wirtschaftskrise 13 Prozent seiner Wirtschaftsleistung bis 2014 sparen. Das wird Griechenland in die Rezession drücken, die Schulden werden explodieren nicht sinken. Regierungsamtlich wird ohnehin in Folge dieser Strangulierung mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von vier Prozent in diesem Jahr gerechnet. Bankökonomien gehen von einem Absturz von minus zehn Prozent aus.

Die deutsche Regierung weiß sehr wohl, dass dies ein abenteuerlicher Kurs ist. „Was sollen wir denn machen. Wir mussten uns zwischen Pest und Cholera entschieden – wir haben uns für Cholera entschieden,“ so ein hoher Regierungsvertreter.

Auf Deutschland umgerechnet würde das griechische Programm zu den Einsparungen in Höhe von 300 Milliarden Euro führen. Dies entspräche einer Halbierung von Hartz IV, des kompletten Stopps des Autobahnbau- und -unterhalts, der Abschaffung der Bundeswehr und des Bundesverteidigungsministeriums sowie dem Stopp der Entwicklungshilfe.

Das spanische Parlament hat am 14. Mai 2010 ein radikales Sparprogramm verabschiedet. 15 Milliarden sollen bis 2011 gespart, die Löhne im öffentlichen

Dienst um fünf Prozent gekürzt und 2011 eingefroren werden. Die „Babyprämie“ in Höhe von 2500 Euro wird gestrichen. Investitionen werden um sechs Milliarden gekürzt und 13.000 Stellen beim Staat fallen weg.

Einschnitte in die öffentlichen Haushalte gefährden den Aufschwung und stoßen die Wirtschaft in die Rezession. Das ist ein Risiko, das wir nicht eingehen sollten.“

*Alistair Darling, britischer Schatzkanzler
Business Week, 16. März 2010*

Alternativen

DIE LINKE hat das Gesetz der Bundesregierung über Kredite an Griechenland im Unterschied zu Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD abgelehnt, vor allem weil so keine Hilfe für Griechenland möglich ist.

DIE LINKE fordert ein Verbot der Credit Default Swaps (CDS) mit denen Spekulanten auf Staatsbankrotte wetten. Für Griechenland muss es als Soforthilfe ein Schuldenmoratorium geben und keine Sparorgien. Die Banken sollen für drei Jahre auf Tilgungen und Zinsen verzichten.

Zudem müssen private Banken, Vermögende und Zocker zur Kasse gebeten werden. Wir brauchen eine Bankenabgabe nach dem Vorbild Obamas, neun Milliarden Euro Mehreinnahmen wären möglich. Mit einer Finanztransaktionssteuer könnten in Deutschland mehr als zehn Milliarden Euro eingenommen werden, europaweit sogar 70 Milliarden.

Eine wirkliche Lösung für Europa muss aber weitergehen. Die Außenhandelsungleichgewichte müssen beseitigt und die Schuldenkrise behoben werden. Dies sind die beiden zentralen Probleme.

Außenhandelsungleichgewichte beseitigen:

Die Eurozone wird nur überleben, wenn Deutschland einen grundlegenden wirtschaftspolitischen Kurswechsel vollzieht. Die einseitige Exportorientierung muss durch eine ausgewogene Wirtschaftspolitik ersetzt werden, die außenwirtschaftliches Gleichgewicht zum Ziel hat.

Dies geht nur über die Stärkung der Binnenwirtschaft. Eine solche Politik erfordert deutlich höhere Löhne, ein Ende des Lohndumpings. Deutschland braucht den gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro und die Erhöhung des Arbeitslosengelds II auf 500 Euro.

Außerdem muss die Binnennachfrage durch ein Zukunftsprogramm für Bildung, Verkehr sowie die Energiewende in Höhe von 100 Milliarden Euro jährlich gestärkt werden. Dies bringt zwei Millionen neue Jobs.

Eine stärkere makroökonomische Koordination der Eurozone im Rahmen einer europäischen Wirtschaftsregierung würde diese Ziele unterstützen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss durch einen Pakt ersetzt werden, der alle Mitgliedstaaten auf ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht verpflichtet.

Stopp der Schuldenkrise:

Die Schuldenkrise muss bekämpft werden. DIE LINKE fordert bereits seit 2008, dass die Reichen die Kosten der Krise bezahlen sollen. Stattdessen wurde alles auf Pump finanziert.

Die Reichen sind zu reich und die Staaten zu arm. Wegen des Lohndumpings und der vielen Steuerergeschenke. Ungerecht war das schon immer, jetzt wird es zum wirtschaftspolitischen Problem.

Wir brauchen eine Neugestaltung der Vermögensverhältnisse. Hierzu ist eine massive Besteuerung von Reichen und Vermögenden notwendig. DIE LINKE hat ein Steuerkonzept, das Mehreinnahmen von 160 Milliarden Euro erbringen würde. Ein wichtiger Baustein ist die Wiedereinführung der Vermögensteuer in Gestalt der Millionärsteuer. Ab einer Million soll Vermögen mit fünf Prozent besteuert werden. Dies bringt allein 80 Milliarden Euro Mehreinnahmen.

Darüber hinaus muss geprüft werden, ob die generelle Beschneidung der Forderungen der Gläubiger gegen Euro-Staaten machbar ist – und zwar europaweit. Neumodisch: Der „hair-cut“. Auch hierzu brauchen wir die Vergesellschaftung der privaten Banken.